



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Christian Flisek, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Ruth Müller SPD**

Haushaltsplan 2019/2020;

**hier: Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbünde sowie an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen
(Kap. 09 06 Tit. 894 70)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 09 06 (Öffentlicher Verkehr, Radverkehr) wird der Ansatz in der TG 70 (Digitalisierung und Vernetzung, bayernweite Verbundstrukturen) Tit. 894 70 (Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbünde sowie an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen) im Jahr 2019 von 7.500,0 Tsd. Euro um 3.000,0 Tsd. Euro auf 10.500,0 Tsd. Euro sowie im Jahr 2020 von 7.500,0 Tsd. Euro um 15.000,0 Tsd. Euro auf 22.500,0 Tsd. Euro angehoben.

Begründung:

Bayern braucht die Verkehrswende hin zu einer umwelt- und klimafreundlichen Mobilität, die für jeden erschwinglich ist. Es ist eine große politische Herausforderung, dafür zu sorgen, dass in Zukunft der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) eine immer größere und wichtigere Rolle bei den Verkehrsträgern einnehmen wird.

Bei einem zu erwartenden weiteren Wachstum und den damit verbundenen Verkehrsproblemen in den bayerischen Ballungsräumen und der angrenzenden Regionen ist ein Ausbau des ÖPNV notwendig, um verstopften Straßen und Staus vorzubeugen. Hierbei ist eine Ausweitung der Verkehrsverbünde erforderlich, die die Mobilität innerhalb der großen Städte sowie in die Ballungszentren hinein und aus ihnen heraus erleichtert. Es ist wünschenswert, dass Verbünde flächenmäßig eine größere Ausdehnung bekommen und auch, dass es eine verstärkte Zusammenarbeit und teilweise gemeinsame Angebote der einzelnen Verbünde gibt.

Im ländlichen Raum weist der ÖPNV nach wie vor erhebliche Defizite bei Abdeckung und Taktung auf, die es zu beheben gilt. Verbundstrukturen und -standards tragen zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV im ländlichen Raum bei. Intensiver unterstützt werden sollen Gründung und den Ausbau regionaler Verbundsysteme, indem Gemeinden die Aufnahmekosten sowie Verbünden einmalig anfallende Kosten (Verbundstandardisierung der Fahrkartenautomaten, Fahrpläne etc.) zumindest in den Startjahren teilweise erstattet werden können. Der „Flickenteppich“ einerseits aus Gebieten mit passablen Verkehrsverbünden und andererseits aus solchen, in denen Tarifsysteme und Fahrpläne nicht dem Bedarf entsprechen, müssen beendet werden. Um hier Impulse zu setzen und beschleunigt in verbesserte Strukturen einsteigen zu können bedarf es einer deutlich erhöhten finanziellen Unterstützung der Verbundstrukturen und somit der Vernetzung des ÖPNV.

Die Koalition aus CSU und FREIE WÄHLER hat in ihrem Koalitionsvertrag Forderungen der SPD aufgenommen und versprochen „für die großen Städte München, Nürnberg/Fürth/Erlangen, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt und Würzburg auf Dauer ein 365-Euro-Jahresticket ein[zuführen.“ Nachdem im vorliegenden Haushaltsentwurf der Staatsregierung eine Erwähnung dieses Ziels nicht enthalten ist, sollen Mittel auch aus diesem Haushaltstitel mit dazu genutzt werden können hier in eine Umsetzung von 365-Euro-Jahrestickets einsteigen zu können. Wichtig ist dabei, dass es nicht zu starren Tarif-Grenzen an den jeweiligen Stadtgrenzen kommt. 365-Jahrestickets sind dabei auch im Hinblick auf das längerfristige Ziel eines kostenlosen ÖPNV zu sehen.

Die Änderungsanträge der SPD mit einer deutlichen Erhöhung der Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbände und Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen sowie mit der Stärkung der Mittel für den ÖPNV sind für den Freistaat Bayern eine nachhaltige und entscheidende Weichenstellung bei der unverzichtbaren und überfälligen Verkehrswende.